

BFH - Anhängige Verfahren

■ **UStG § 13b Abs 1 S 1 Nr 4:**

Bioenergiepark, Werklieferungen, Bauwerke

[Europäischer Gerichtshof Az: C-227/17](#)

Umsatzsteuerrechtliche Beurteilung von Leistungen im Zusammenhang mit der Errichtung eines Bioenergieparks:

Handelt es sich bei den Leistungen im Zusammenhang mit der Errichtung eines Bioenergieparks um Werklieferungen und sonstige Leistungen mit Bauwerksbezug und schuldet somit die Leistungsempfängerin gemäß § 13b Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 i.V.m. § 13b Abs. 2 Satz 2 UStG a.F. die Steuer?

-- Zulassung durch FG --

Rechtsmittelführer: Verwaltung

Vorgehend: Sächsisches Finanzgericht , Entscheidung vom 1.2.2017 (2 K 1209/16)

■ **AO § 175 Abs 1 S 1 Nr 2:**

Rückwirkendes Ereignis, Bodenrichtwert, Grundbesitzwert, Gutachterausschuss, Verböserung, Rechtskraft

[Bundesfinanzhof Az: II R 11/17](#)

Führt ein von einem Gutachterausschuss nachträglich ermittelter Bodenrichtwert zu einem rückwirkenden Ereignis?

Und wenn ja, steht die Rechtskraftbindung eines BFH-Urteils einer Änderung nach § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 entgegen?

■ **AO § 180 Abs 3 S 1 Nr 2:**

Ehegattengesellschaft, Feststellung, Geringe Bedeutung, Umsatzsteuerpflicht

[Bundesfinanzhof Az: IV R 6/17](#)

Sind gewerbliche Einkünfte einer Ehegatten-GbR aus dem Betrieb einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des von den Ehegatten gemeinsam bewohnten Einfamilienhauses gesondert und einheitlich festzustellen, oder handelt es sich um einen Fall von geringer Bedeutung im Sinne des § 180 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 AO? Kommt es diesbezüglich darauf an, dass die GbR gemäß § 19 Abs. 2 UStG auf die Anwendung der Kleinunternehmerregelung verzichtet hat?

■ **AO § 218 Abs 2:**

Abrechnungsbescheid, Erstattung, Einkommensteuer, Insolvenz

[Bundesfinanzhof Az: VII R 13/17](#)

Erstattung von Einkommensteuer, die nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Klägers festgesetzt wurde, aber während des anhängigen Insolvenzverfahrens entstanden ist.

Schließt der festgestellte Insolvenzplan eine nachträgliche Forderung aus?

Führt die insolvenzimmanente Erhebungs- und Vollstreckungsbeschränkung zum Erlöschen des Steueranspruchs und zu einem Festsetzungsverbot?

■ **AO § 268:**

Aufteilung, Gesamtschuldner, Rücknahme, Antrag

[Bundesfinanzhof Az: VI R 14/17](#)

Kann ein Antrag auf Aufteilung einer Gesamtschuld i.S. des § 268 AO bis zum Eintritt der Bestandskraft des Aufteilungsbescheids vom Steuerpflichtigen wieder zurückgenommen werden?

■ **AO § 55 Abs 1 Nr 3:**

Gemeinnützige Zwecke, Gehalt, Angemessenheit, Verwendung

[Bundesfinanzhof Az: V R 5/17](#)

Liegt durch die zu hohen Gehälter der Geschäftsführer der GmbH ein Verstoß gegen die Mittelverwendung i.S.d. § 55 Abs. 1 Nr. 3 AO vor, der die Aberkennung der steuerlichen Gemeinnützigkeit rechtfertigt?

■ **AStG § 1 Abs 1:**

Doppelbesteuerung, Außensteuerrecht, Teilwertabschreibung, Darlehen, Sicherung, Tochtergesellschaft

[Bundesfinanzhof Az: I R 5/17](#)

Sperrwirkung von Art. 9 OECD-MustAbk bzw. hier Art. 9 DBA-Schweiz 1971 gegenüber einer Einkünftekorrektur nach § 1 Abs. 1 AStG i.d.F. vom 16. Mai 2003 bei Teilwertabschreibung auf ein unbesichert begebenes Darlehen an eine Tochtergesellschaft: 1. Nimmt eine Kapitalgesellschaft aufgrund des Verzichts auf Rückzahlung eines von ihr an die Schweizer Tochtergesellschaft unbesichert begebenen Darlehens eine erfolgswirksame Ausbuchung in der Bilanz vor, scheidet dann eine Einkünftekorrektur nach § 1 AStG 2003 wegen der hier fehlenden Besicherung und der dadurch ausgelösten Teilwertabschreibung (bzw. hier der Wertlosigkeit der Forderung auf Rückzahlung der Darlehensvaluta) bereits deshalb aus, weil Art. 9 DBA-Schweiz 1971 insoweit eine Sperrwirkung entfaltet (entgegen BMF-Schreiben vom 30. März 2016, BStBl I 2016, 455)? 2. Ist § 1 AStG im Verhältnis zu Art. 9 OECD-MustAbk (bzw. hier Art. 9 DBA-

Schweiz 1971) vorrangig anzuwenden?

■ **EGRL 112/2006 Art 213:**

Rumänien, Mehrwertsteueridentifikationsnummer, Reaktivierung

Europäischer Gerichtshof Az: C-69/07

Vorabentscheidungsersuchen der Curtea de Apel Bucuresti (Rumänien), eingereicht am 08.02.2017, zu folgenden Fragen:

1. Verbietet die Richtlinie 2006/112/EG des Rates vom 28.11.2006 über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem (insbesondere die Art. 213, 214 und 273) unter Umständen wie denen des Ausgangsverfahrens eine nationale Regelung oder Steuerpraxis, wonach einem Steuerpflichtigen das Recht auf Vorsteuerabzug, wenn es nach der Reaktivierung der Mehrwertsteueridentifikationsnummer des Steuerpflichtigen mittels mehrerer Mehrwertsteuererklärungen geltend gemacht wird, nicht gewährt wird, weil sich die fragliche Vorsteuer auf Erwerbe bezieht, die in dem Zeitraum getätigt wurden, in dem die Mehrwertsteueridentifikationsnummer des Steuerpflichtigen inaktiv war?

2. Verbietet die Richtlinie 2006/112 (insbesondere die Art. 213, 214 und 273) unter Umständen wie denen des Ausgangsverfahrens eine nationale Regelung oder Steuerpraxis, wonach einem Steuerpflichtigen das Recht auf Vorsteuerabzug, wenn es nach der Reaktivierung der Mehrwertsteueridentifikationsnummer des Steuerpflichtigen mittels mehrerer Mehrwertsteuererklärungen geltend gemacht wird, nicht gewährt wird, weil die fragliche Vorsteuer - obgleich sie sich auf Rechnungen bezieht, die nach der Reaktivierung der Mehrwertsteueridentifikationsnummer des Steuerpflichtigen ausgestellt wurden - Erwerbe betrifft, die in dem Zeitraum getätigt wurden, in dem die Mehrwertsteueridentifikationsnummer inaktiv war?

■ **EStG § 13 Abs 1 Nr 3:**

Land- und Forstwirtschaft, Betriebsausgabe, Jagd, Pacht, Zusammenhängende Tätigkeit

Bundesfinanzhof Az: VI R 11/17

Stehen Aufwendungen für Jagdpacht und Jagdsteuer aus einer Anpachtung eines Jagdausübungsrechts auf angepachteten Flächen mit eigener land- und forstwirtschaftlicher Nutzung und fremden Flächen in ausreichendem Zusammenhang mit dem land- und forstwirtschaftlichen Betrieb (Betriebsausgaben)?

■ **EStG § 15:**

Einkünfte aus Gewerbebetrieb, Wesentliche Beteiligung, Gründung, Veräußerung, GmbH, Vermögensverwaltung, Freibetrag

Bundesfinanzhof Az: IX R 3/17

Abgrenzung zwischen Vermögensverwaltung und Gewerbebetrieb - Zur Frage, ob Gewinne aus der wiederholten Gründung und Veräußerung von vollständig gehaltenen GmbH-

Vorratsgesellschaften den Einkünften nach § 15 EStG zuzuordnen sind oder vielmehr unter § 17 EStG fallen, um in den Genuss des dortigen Freibetrags nach § 17 Abs. 3 EStG zu kommen.

■ **EStG § 20 Abs 1 Nr 7:**

Zinsanteil, Teilentgeltlicher Erwerb, Grundstücksübertragung, Kaufpreiskonten, Trennung

Bundesfinanzhof Az: VIII R 3/17

Ist im Fall einer teilentgeltlichen Grundstücksübertragung unter nahen Angehörigen im Privatvermögen gegen Kaufpreiskonten in Bezug auf das gestundete (Teil-)Entgelt ein zu versteuernder Zinsvorteil anzusetzen?

■ **EStG § 21:**

Vermietung und Verpachtung, Prognoseberechnung, Unentgeltliche Überlassung, Nahe Angehörige

Bundesfinanzhof Az: IX R 8/17

Prognoseberechnung bei keiner auf Dauer angelegten Wohnungsvermietung - Hier zur Frage des Einflusses von (absehbaren) Unterbrechungszeiten auf den 30jährigen Prognosezeitraum, wenn im Rahmen der Eigentumsübertragung den Eltern ein lebenslanges Wohnrecht verbleibt, wobei eine Entgeltlichkeit nur für die ersten 10 Jahre vereinbart wurde. Welche Bedeutung erlangt in diesem Zusammenhang die Annahme des Stpfl. auf Basis der statistischen Lebenserwartung der Eltern im späteren Prognosezeitraum von einer entgeltlichen Vermietung an fremde Dritte auszugehen?

■ **EStG § 22 Nr 1 S 3 Buchst a DBuchst aa:**

Leibrente, Steuerfreiheit, Beitragsrückerstattung, Rechtsanwalt, Ausscheiden, Frist, Gleichheitsgrundsatz, Vorsorgeaufwendungen

Bundesfinanzhof Az: X R 3/17

Kann die Steuerfreiheit der Leistungen nach § 3 Nr. 3c EStG, die der Kläger als angestellter Rechtsanwalt entrichtet und nach seinem Ausscheiden aus dem Versorgungswerk der Rechtsanwälte von diesem zurück erhalten hat, davon abhängig gemacht werden, dass der Antrag auf Beitragsrückerstattung --entsprechend dem BMF-Schreiben vom 19. August 2013, BStBl I 2013, 1087, Rz 205-- frühestens 24 Monate nach dem Ausscheiden aus der Versicherungspflicht gestellt worden ist?

Verstößt diese Fristenregelung gegen Art. 3 GG?

Mindern Beitragsrückerstattungen --im Falle ihrer Steuerfreiheit-- den Sonderausgabenabzug bzw. führen sie zu einem Erstattungsüberhang (§ 10 Abs. 4b Sätze 2 und 3 EStG)?

■ **ESTG § 24 Nr 1a:**

Entschädigung, Außerordentliche Einkünfte

[Bundesfinanzhof Az: IX R 11/17](#)

Wie und unter welchen Voraussetzungen ist eine einheitliche Entschädigung, die abwicklungstechnisch in zwei oder mehr Teilbeträge aufgespalten worden ist, von zwei oder mehreren selbständigen Entschädigungen abzugrenzen?

■ **ESTG § 24 Nr 1a:**

Altersversorgung, Wechsel, Ausgleichszahlung

[Bundesfinanzhof Az: IX R 12/17](#)

Wechselprämie vom Arbeitgeber für die Umstellung der Altersversorgung - Kann in der einmaligen Ausgleichszahlung eine begünstigte Entschädigung i.S. des § 24 Nr. 1a EStG liegen, wenn ein Arbeitnehmer auf seine Altersversorgung nach beamtenrechtlichen Grundsätzen verzichtet und der Umstellung auf ein beitragsfinanziertes System zustimmt?

■ **ESTG § 2a Abs 1 S 1 Nr 6a:**

Vermietung und Verpachtung, Drittstaat, Erbe, Erblasser, Gesamtrechtsnachfolge, Verlust, Negative Einkünfte

[Bundesfinanzhof Az: I R 23/17](#)

Gehen gesondert festgestellte verbleibende negative Einkünfte nach § 2a Abs. 1 Satz 5 EStG auf den Erben über?

■ **ESTG § 32 Abs 4 S 1 Nr 3:**

Kindergeld, Behinderung, Altersgrenze, Selbstunterhalt

[Bundesfinanzhof Az: XI R 8/17](#)

Kindergeldanspruch für ein volljähriges Kind mit Behinderung: Besteht für ein volljähriges Kind Anspruch auf Kindergeld, wenn bei ihm ein Gendefekt erst nach Erreichen der Kindergeld-Altersgrenze diagnostiziert wird und es davor seinen Lebensunterhalt selbst bestreiten konnte?

■ **ESTG § 32 Abs 4 S 2:**

Kindergeld, Berufsausbildung, Zeitliche Begrenzung

[Bundesfinanzhof Az: V R 13/17](#)

1. Steht das vom Kind angestrebte Berufsziel als Steuerberater in einem sachlichen Zusammenhang mit der Absolvierung der Prüfung als Steuerfachangestellter, wenn zwischen dem erfolgreichen Abschluss des ersten Berufsabschnitts (mit Bestehen der Prüfung als Steuerfachangestellter) und der möglichen Zulassung zur Steuerberaterprüfung

ein Zeitraum von mindestens sieben Jahren liegt?

2. Ist hier ein "enger zeitlichen Zusammenhang" im Sinne der Regelung des § 32 Abs. 4 Satz 2 EStG gegeben?

■ **EStG § 5 Abs 1:**

Rückstellung, Aufbewahrungspflicht

[Bundesfinanzhof Az: I R 6/17](#)

Kann für die Kosten der zehnjährigen Aufbewahrung von Mandantendaten im DATEV-Rechenzentrum eine gewinnmindernde Rückstellung gebildet werden?

■ **EStG § 8 Abs 2 S 11:**

Zuschuss, Zusatzversorgung, Krankenversicherung, Sachbezug, Freigrenze, Gleichbehandlungsgrundsatz

[Bundesfinanzhof Az: VI R 16/17](#)

Fallen vom Arbeitgeber an die Arbeitnehmer ausgezahlte Zuschüsse zu deren privater Zusatzkrankenversicherung als Sachlohn in den Anwendungsbereich des § 8 Abs. 2 Satz 11 EStG?

■ **EStG § 9 Abs 1 S 1 Nr 1:**

Schuldzinsen, Nachträgliche Werbungskosten, Vermietung und Verpachtung, Rückgriffsanspruch, Immobilienfonds

[Bundesfinanzhof Az: IX R 10/17](#)

Geltendmachung von nachträglichen Werbungskosten bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung aus der ehemaligen Beteiligung an einer Immobilien-GbR -

1. Ist die geänderte BFH-Rechtsprechung, wonach Schuldzinsen grundsätzlich auch dann noch als nachträgliche Werbungskosten abgezogen werden können, wenn das Gebäude veräußert wurde, der Veräußerungserlös aber nicht ausreichte, um die Darlehensverbindlichkeit zu tilgen, auch auf vor dem 1.1.1999 rechtswirksam veräußerte Objekte anzuwenden?

2. Ist ein über die Beteiligungsquote hinausgehender Schuldzinsenabzug möglich, wenn ein Rückgriffsanspruch bei den (vormaligen) Mitgesellschaftern ausfällt?

■ **EStG § 9 Abs 1 S 1:**

Sonderwerbungskosten, Rückabwicklung, Immobilienfonds

[Bundesfinanzhof Az: IX R 13/17](#)

Anerkennung von (vergeblichen) Sonderwerbungskosten, die im Zusammenhang mit dem Begehren auf Rückabwicklung einer Beteiligung an einem geschlossenen Immobilienfonds stehen?

- **ESTG § 9 Abs 1 S 3 Nr 5 S 4:**
Doppelte Haushaltsführung, Unterkunft, Einrichtung
[Bundesfinanzhof Az: VI R 18/17](#)
 Gehören Aufwendungen für die Anschaffung von Einrichtungsgegenständen und Hausrat im Rahmen einer beruflich veranlassten doppelten Haushaltsführung zu den auf 1000 € monatlich begrenzten Unterkunftskosten i.S. des § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 5 Satz 4 EStG?

- **ESTG § 9 Abs 1 S 3 Nr 7:**
Anschaffungskosten, Erbaueinandersetzung, Grundstück, Darlehen
[Bundesfinanzhof Az: IX R 1/17](#)
 Anschaffungskosten eines Grundstücks - Zur Frage, ob ein entgeltlicher Erwerb im Rahmen einer späteren Erbaueinandersetzung vorliegt, wenn der bisherige Miterbe das Alleineigentum an dem Gebäude erhält und die nach dem Erbfall für eine Modernisierung aufgenommenen Darlehensschulden übernimmt. Welche Bedeutung kommt hier der sog. Nachlassspaltung zu, wenn sich das Grundstück - wie im Streitfall- im Gebiet der ehemaligen DDR befindet und der Erbfall vor der Wiedervereinigung Deutschlands eintritt?

- **ESTG § 9 Abs 4:**
Erste Tätigkeitsstätte, Flughafen, Sicherheit, Verbundene Unternehmen, Zuordnung, Dritter, Weiträumiges Tätigkeitsgebiet
[Bundesfinanzhof Az: VI R 12/17](#)
 Ist ein Flughafengelände, auf dem ein Arbeitnehmer von seinem Arbeitgeber (mit dem Flughafenbetreiber verbundenes Unternehmen) an täglich wechselnden Kontrollstellen zur Durchführung von Sicherheitskontrollen eingesetzt wird, eine erste Tätigkeitsstätte i. S. des § 9 Abs. 4 EStG?

- **FGO § 41 Abs 2 S 1:**
Örtliche Zuständigkeit, Feststellungsklage, Steuernummer
[Bundesfinanzhof Az: V R 11/17](#)
 Besteht ein Anspruch auf Veranlagung durch das --nach Meinung des Klägers-- zuständige Finanzamt und kann die Erteilung einer Steuernummer durch dieses Finanzamt gerichtlich geltend gemacht werden, wenn der Kläger bereits bei einem anderen Finanzamt veranlagt wird?

- **KStG § 5 Abs 1 Nr 9:**

Körperschaftsteuer, Gemeinnützigkeit, Reise, Förderung, Jugendhilfe

Bundesfinanzhof Az: V R 10/17

1. Erfüllt ein Verein, der Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Schichten fördert, die Voraussetzungen der Gemeinnützigkeit nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG, wenn er diesen Zweck hauptsächlich durch die Organisation und Durchführung von betreuten Jugendreisen verwirklicht?

2. Stellt die Veranstaltung von Kinder- und Jugendreisen in vollem Umfang einen Zweckbetrieb dar?

■ ***SpVStG Ha § 1 Abs 3:***

Spielvergnügungsteuer, Bemessungsgrundlage, Hamburg, Schätzung

Bundesfinanzhof Az: II R 14/17

Ist die Erhebung der Hamburgischen Spielvergnügungsteuer verfassungsgemäß und unionsrechtskonform?

■ ***SpVStG Ha § 1 Abs 3:***

Spielvergnügungsteuer, Bemessungsgrundlage, Hamburg, Schätzung, EG, EU, Unionsrecht, Gemeinschaftsrecht, Verfassung, Verfassungsmäßigkeit, Nachschau, Glückspiel

Bundesfinanzhof Az: II R 15/17

Ist die Erhebung der Hamburgischen Spielvergnügungsteuer verfassungsgemäß und unionsrechtskonform?

■ ***UStG § 13b Abs 1 S 1 Nr 4:***

Steuerschuldner, Bau, Werklieferung, Vorsteuerabzug, Subunternehmer

Bundesfinanzhof Az: XI R 10/17

Umsatzsteuerrechtliche Beurteilung von Leistungen im Zusammenhang mit der Errichtung eines Bioenergieparks: Handelt es sich bei den Leistungen im Zusammenhang mit der Errichtung eines Bioenergieparks um Werklieferungen und sonstige Leistungen mit Bauwerksbezug und schuldet somit die Leistungsempfängerin gemäß § 13b Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 i.V.m. § 13b Abs. 2 Satz 2 UStG a.F. die Steuer?

■ ***UStG § 18 Abs 9:***

Vorsteuervergütung, Verzinsung, Mitwirkungspflicht, Zinslauf

Bundesfinanzhof Az: V R 7/17

1. Darf der Anspruch auf Verzinsung der Vorsteuervergütung nach § 61 Abs. 5 Satz 1 UStDV wegen der im Einspruchsverfahren nicht erfüllten Mitwirkungspflicht der Klägerin ausgeschlossen werden?

2. Ist die Mitwirkungspflicht der Klägerin auf das Antragsverfahren der Vergütung beschränkt oder erfasst sie auch das Einspruchsverfahren?

■ **UStG § 24:**

Landwirtschaft, Regelsteuersatz, Durchschnittsbesteuerung, Dienstleistung

Bundesfinanzhof Az: V R 8/17

Ist Art. 295 ff. MwStSystRL so zu verstehen, dass ein Landwirt alle land- und forstwirtschaftlichen Dienstleistungen, die er an andere Landwirte erbringt, dem Anwendungsbereich der Durchschnittssatzbesteuerung nach § 24 UStG zuordnen kann, unabhängig davon, welchen Umfang diese Dienstleistungen im Vergleich zu den Umsätzen aus seiner eigenen Urproduktion einnehmen, ob auf sie ein unverhältnismäßig hoher Anteil an Arbeitszeit entfällt und ob die erbrachten Dienstleistungen Ausfluss der eigenen Urproduktion sind?

■ **UStG § 4 Nr 20 Buchst a:**

Künstler, Steuerfreiheit, Vermittlungsleistung, Vorsteuerabzug, Ort der Leistung

Bundesfinanzhof Az: V R 14/17

Ist der Vorsteuerabzug aus Vermittlungsprovisionen an ausländische Agenturen, die ein inländischer Künstler an diese für Veranstaltungen in Spanien, Italien und den Niederlanden zahlte, trotz Ausführung steuerpflichtiger Umsätze, nach § 15 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 UStG ausgeschlossen, weil die künstlerischen Leistungen, wenn er sie im Inland erbracht hätte, unter die Befreiungsvorschrift des § 4 Nr. 20 Satz 1 Buchst. a UStG fallen würden?

■ **ZK Art 203:**

Einfuhrabgaben, Nacherhebung, Verwahrung, Zollschuldner, Zollamtliche Überwachung

Bundesfinanzhof Az: VII R 4/17

Verbringen von Drittlandsware vom Verwahrungsort ins Drittland ohne Gestellung beim zuständigen Zollamt und Eröffnung eines Versandverfahrens.

Ist der Verwahrer nach Übergabe der Ware an den Transporteur verpflichtet, für die Vorführung der Ware bei der Zollstelle zum Erhalt einer neuen zollrechtlichen Bestimmung zu sorgen?